



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

## Christine Lambrecht ist neue Bundesjustizministerin –

### (Digitaler) Verbraucherschutz muss weiterhin Priorität haben

**Christine Lambrecht (SPD), bisher Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, leitet ab heute das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV). Sie folgt auf Katarina Barley, die im Nachgang der Europawahl ins EU-Parlament wechselt. Nun gilt es, auch unter neuer Führung starke Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher zu machen, so die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Sarah Ryglewski:**

„Ich danke Katarina Barley für ihr herausragendes Engagement als Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz und wünsche ihr alles Gute und viel Erfolg bei ihrer Arbeit als Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie hat in den vergangenen Monaten viele wichtige Gesetze durchgesetzt bzw. auf den Weg gebracht. Ich freue mich, dass mit Christine Lambrecht eine kompetente Ministerin folgt. Ich bin mir sicher, dass sie in ihrem Amt neue, frische Impulse setzen kann und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.“

Verbraucherschutz-Expertin Sarah Ryglewski fordert insbesondere die Umsetzung der im März vom BMJV veröffentlichten Eckpunkte zu Kostenfallen: „Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor unerlaubter Telefonwerbung, überlangen Vertragslaufzeiten oder unverhältnismäßig hohen Inkassoforderungen sind nur einige Punkte, die es nun anzupacken gilt“, betont Ryglewski. „Wichtig ist auch, dass die heute leider immer häufigere Praxis etwa von Fluggesellschaften, Fluggästen durch AGB-Klauseln zu untersagen, ihre Forderungen an Dritte abzutreten, verboten wird“, so Ryglewski weiter. „Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher die Chancen der Digitalisierung nutzen können, um über spezialisierte Dienstleister, sogenannte „Legal Techs“, bei Problemen schnell, unkompliziert und kostengünstig zu ihrem Recht zu kommen. Die Fluggesellschaften werden mit diesen neuen Bedingungen umgehen müssen.“

„Zudem müssen wir Verbraucherrechte stärker als Bürgerrechte denken und auch in der digitalen Welt unseren politischen Gestaltungsanspruch aufrechterhalten. Verbraucherrechte in der digitalen Welt sind mehr als nur Datenschutz. Wir brauchen eine offensive Debatte darüber, welche Geschäftsmodelle der digitalen Ökonomie wir mit einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft für vereinbar halten, welche nicht und welche Instrumente die Politik braucht, um künftige Entwicklungen vorauszusehen und bei Problemen diesen entgegenzutreten“, so Ryglewski. „Wenn wir eine bürger- und verbraucherfreundliche digitale Welt gewährleisten wollen, müssen wir hier zu verbindlichen Verständigungen kommen“, betont Ryglewski.

27.06.2019